

Energieversorgung bezahlbar halten - Lasten gerecht verteilen - „Windfall Profits“ investieren

Positionspapier des MITTELSTANDSVERBUNDES zum Umsteuern der Energiewende

Seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahre 2000 sind die Stromkosten für die im MITTELSTANDSVERBUND in 310 Verbundgruppen organisierten 230.000 mittelständischen Unternehmen kontinuierlich gestiegen. In Kombination mit Netzentgelten, Stromsteuern und anderen staatlichen Markteingriffen wirkt sich dies bereits für viele Unternehmen existenzbedrohend aus. Betroffen von diesen Entwicklungen sind neben den genannten Unternehmen auch deren rund 2,5 Mio. Arbeitnehmer und mehr als 400.000 Auszubildenden.

Für die vom MITTELSTANDSVERBUND vertretenen Unternehmen überschreitet der Anteil der Steuern und Abgaben am Strompreis 2013 mit 9,8 Cent/kWh vielfach die 50%-Marke. Allein die EEG-Umlage stieg seit der Jahrtausendwende von 0,2 Cent/kWh auf nunmehr 5,28 Cent/kWh. Eine Steigerung um mehr als das 25-fache.

Unabhängig vom bestehenden Bekenntnis des MITTELSTANDSVERBUNDES zur Energiewende bedarf das politische Handeln rasch einer deutlichen Nachbesserung. Strom, der vom Mittelstand nicht mehr bezahlt werden kann, darf auch nicht von ihm bezahlt werden müssen. Nicht mehr vermittelbar ist, dass die am Reißbrett geplante Befreiung von Netzentgelten und Teilen der EEG-Umlage für Energie-Großverbraucher gerade dem Mittelstand aufgebürdet wird.

Mehr als fraglich ist die politische Begründung für die Befreiung großer Stromverbraucher in zweierlei Hinsicht: Die einerseits oft genannte internationale Wettbewerbslage, die es zu entschärfen gelte, trifft schließlich gerade durch die Digitalisierung der Märkte zunehmend auch den Mittelstand und nicht nur große Industrieunternehmen. Zum anderen darf die politisch motivierte Befreiung einzelner Unternehmen bestenfalls zulasten der

Staatskasse, nicht jedoch durch direkte Umverteilung zulasten der anderen Stromverbraucher gestaltet werden.

DER MITTELSTANDSVERBUND tritt im Übrigen dafür ein, dass die Politik bei der Gestaltung der Energiewende den Fokus nicht weiter auf den Um- und Ausbau der Erzeugungskapazitäten und auf das ehrgeizige Hochschrauben der Anteile Erneuerbarer Energien legen darf. Nach dem simplen Sachverhalt, dass jede Kilowattstunde, die nicht benötigt wird, eine „gute“ Kilowattstunde ist, muss das Augenmerk stärker auf **ENERGIE-EFFIZIENZ** gelegt werden.

Eine stärkere direkte Unterstützung bei Investitionsvorhaben zur Energieeinsparung wäre ein ermutigendes Signal, insbesondere für den Mittelstand. Dessen enorme Anstrengung zur Effizienzverbesserung und damit zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz drohen vielerorts aus Frustration zu erlahmen, wenn die betreffenden Unternehmer nach Durchführung entsprechender Maßnahmen gleiche oder gar höhere Stromrechnungen bezahlen müssen, obwohl die Verbrauchsmenge deutlich reduziert wurde.

Zur gezielten Verbesserung der Energieeffizienz sollten Bund und Länder deshalb deutlich stärker als bisher die Anstrengungen der Bevölkerung und der Wirtschaft mit allen fiskalpolitisch zur Verfügung stehenden Instrumenten fördern. Rechnerisch ist die entsprechende Gegenfinanzierung aktuell durch höhere Mehrwertsteuern, die durch die künstlich erhöhten Strompreise vereinnahmt werden, bereits gewährleistet. Nach jüngsten Berechnungen des BDEW haben Bund und Länder seit 1999 ca. 6,2 Milliarden Euro an Mehrwertsteuer aus der EEG-Umlage eingenommen. Allein für 2013 beträgt die zu zahlende Umlage 20,4 Milliarden Euro. Dies bedeutet ca. 1,85 Milliarden Euro an Mehrwertsteuer („Windfall Profits“). Ein Teil der Kosten könnte so quasi „rückvergütet“ werden.

Das Gelingen der Energiewende sichern letztlich nicht nur technische und wirtschaftliche Konzepte. Es kommt vielmehr auf die grundlegende und dauerhafte Zustimmung und Motivation der Energieverbraucher an. Um diese nicht aufs Spiel zu setzen, muss der Eindruck vermieden werden, dass Lasten unnötig entstehen und noch dazu ungerecht verteilt sind.

Berlin im März 2013